

**Rede für Oberbürgermeisterin Henriette
Reker anlässlich des „35- jähriges Jubiläum
Kölner Flüchtlingsrat e.V. am 12.9.2019 im
VHS-Forum**

Es gilt das gesprochene Wort!

Lieber Herr Proelß, liebe Frau Heuser, liebe Marion, liebe
Frau Hoyer,

lieber Herr Paetzold, lieber Herr Erkelenz, lieber Herr
Detjen,

lieber Herr Uellenberg-van-Dawen, lieber Herr Stiels,
lieber Herr Pfarrer Mazuch, liebe Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter des Kölner Flüchtlingsrates, sehr geehrte
Damen und Herren, liebe Gäste,

ich freue mich sehr, dass ich heute mit Ihnen gemeinsam
das 35. Jubiläum des Kölner Flüchtlingsrates feiern darf.
Ich sehe heute Abend viele Menschen und
Organisationen des „Sozialen Kölns“, die eng vernetzt
sind mit der Stadtverwaltung Köln und offenbar ja auch
mit dem Kölner Flüchtlingsrat.

1984 wurde er als einer der ersten Flüchtlingsräte in Deutschland gegründet, als Netzwerk, das die elementaren Rechte geflüchteter Menschen im Fokus hat. Seitdem geben Sie Menschen eine Stimme, die viel zu oft nicht gehört werden, weil ihnen die hiesigen Strukturen und Gesetze unbekannt sind, weil sie meist die Deutsche Sprache noch nicht beherrschen. Der Flüchtlingsrat ist starker und zuverlässiger Partner für einzelne Menschen, für Initiativen, Träger und nicht zuletzt für die Verwaltung.

Herr Proelß, Sie vertreten die Interessen des Flüchtlingsrats. Und es ist nur logisch, dass Verwaltung und der Flüchtlingsrat manchmal unterschiedliche Positionen einnehmen.

Bislang ändert das nichts an unserer konstruktiven Zusammenarbeit. Und das soll auch in Zukunft unbedingt so bleiben. Sie tun dies als Interessensvertretung der Geflüchteten, aber ich möchte in diesem Rahmen betonen, dass auch unsere Stadtverwaltung mit Nachdruck und vielfach mit ebenso viel Herzblut und Engagement daran arbeitet, die Situation der geflüchteten Kölnerinnen und Kölner zu verbessern.

Als wir vor allem in den Jahren 2015 bis 2017 eine große Zahl von neuzugewanderten Geflüchteten untergebracht haben, mussten wir uns genau darauf fokussieren. Wir konnten die geltenden Standards, die in den Richtlinien zur Unterbringung Geflüchteter formuliert sind, zeitweise nicht einhalten.

In manchen Wochen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wohnungsamtes mehr als 400 Menschen unterbringen müssen, die binnen eines Tages schon in Köln ankamen. Dennoch waren uns auch in dieser Extremsituation alle einig: Köln bringt Menschen nicht in Zelten unter, und das haben wir auch nicht getan. Wir zeigen Haltung und stehen zu unserem Wort. Natürlich war auch die Unterbringung in Hallen vor allem für die dort lebenden Menschen, aber auch für die Haupt- und Ehrenamtlichen Kräfte in Köln sehr belastend.

Ich bin sehr froh, dass wir diese Zeit gemeinsam gemeistert haben.

Die Zuwanderungszahlen stagnieren aktuell, aber das muss nicht so bleiben. Wir alle wissen, dass sich dies durch neuerliche weltweite Fluchtbewegungen ändern kann. Wir nutzen im Moment die Zeit, um Plätze in

abgeschlossenen Unterbringungen zu halten, damit wir auf künftig steigende Zahlen besser vorbereitet sind.

Die Tatsache, dass Geflüchtete nicht in der Bundesrepublik und in deutschen Städte ankommen, bedeutet aber nicht, dass das Thema international weniger relevant geworden wäre.

Das zeigt schon der Blick auf die Lage am Mittelmeer, wo private Rettungsinitiativen täglich Menschen aus höchster Not retten, damit sie nicht ertrinken. Wir liegen in Deutschland geografisch abgeschirmt von Staaten, die sich der globalen Verantwortung entweder entziehen oder von der Europäischen Staatengemeinschaft sträflich im Stich gelassen werden.

Die Folgen dort sind deutliche politische nationalistische Entwicklungen, für die wir in Deutschland eine politische Mitverantwortung tragen, wenn wir sie in der Flüchtlingspolitik nicht auch übernehmen. Auf die zentrale Frage der heutigen Veranstaltung: „**Wie zeigt Köln Haltung in der Flüchtlingspolitik?**“ möchte ich sagen:

Ich habe mich für die Stadt Köln bereit erklärt, Geflüchtete in Seenot aufzunehmen und dies in

Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Merkel sowie Herrn Innenminister Seehofer deutlich gemacht. Aber: Die Einwanderung und die Asylgesetzgebung muss die Bundesrepublik regeln. Das können Kommunen nicht. In einem sind wir uns sicher einig:

Wir als Kommune können nicht der Reparaturbetrieb für fehlende gesetzliche Vorgaben sein. Das können wir gegenüber den Kölner Bürgern und Bürgerinnen nicht vertreten und dies dient in keiner Weise der notwendigen Integration Geflüchteter in die Stadtgesellschaft.

Der Kölner Flüchtlingsrat ist für uns ein wichtiger Partner. Er hat sich in den 35 Jahren nicht begrenzt auf die Beratung von Menschen, für die diese Unterstützung allerdings existenziell wichtig ist. Er ist nah an den Menschen, den Strukturen in Köln und in NRW. Er kennt Bedarfe und entwickelt gute Angebote, sorgt für Verbündete. Von der Humanen Flüchtlingspolitik vor ca. 15 Jahren mit der Begrenzung auf kleine Wohneinheiten von 70-80 Personen, der dazugehörigen Betreuung noch über den Auszug hinaus, der Ombudsstelle für Geflüchtete bis hin zur Einrichtung der Ausländerrechtlichen Beratungsstelle – meine Damen

und Herren, an all dem waren Sie maßgeblich beteiligt und dafür möchte ich mich heute bei Ihnen bedanken.

Sie sorgen dafür, dass Geflüchtete besser zu ihren Rechten kommen. Sie setzen Standards für ein Zusammenleben in einer Stadtgesellschaft, in der es nicht geduldet werden kann, dass einzelne Menschen oder eine definierte Gruppe von Menschen ausgeschlossen werden.

Von der Stärkung der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit in Zusammenarbeit mit der Kölner Freiwilligenagentur, der Stadtverwaltung und weiteren Partnern bis hin zu Ihrem Engagement als Partner des städtischen Auszugsmanagements.

Sie laden anlässlich Ihres Jubiläums zu einer Diskussionsrunde ein: „Köln zeigt Haltung – aber wie geht das?“ Das ist eine große Frage, die es wert ist, sehr umfangreich diskutiert zu werden.

Eine Frage, die wir uns in unserem täglichen Handeln und bei unseren Entscheidungen stellen müssen – jeder Einzelne in Köln, Gruppen, Träger, Institutionen mit religiöser oder weltanschaulicher Ausrichtung und Verwaltung. In Köln werden mit städtischen Mitteln

Träger für die Beratung von Menschen ohne Papiere unterstützt. Wir haben ein städtisches Bleiberechtsprojekt, das von der Haltung geprägt ist, dass langjährig geduldete Menschen über positive Anreize Sicherheit und eine Perspektive in Köln erhalten sollen.

Sie sehen: Es gibt viele Beispiele humaner Praxis und damit auch deutlicher Haltung in Köln.

Das ist kein Grund zum Ausruhen. Machen Sie weiter so, lieber Kölner Flüchtlingsrat. Entscheiden Sie mit Kopf und Herz zu Gunsten derer, die Schutz bei Ihnen suchen. Ich wünsche uns allen: eine angeregte Diskussion und Ihnen, den Mitarbeitenden des Kölner Flüchtlingsrates viele weitere Jahre der erfolgreichen Arbeit für das Wohl der Geflüchteten.